

Die Rote Zeitung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturschiff / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. bei Daus 2,50 M. (halbjährlich 1,25 M. i. durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. ohne Aufstellungsgefehr). Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-U. Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postleitziffer: Dresden Nr. 15000. Dresdner Verlagsgesellschaft: Geschäftsstelle: Dresden-U. Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Drahtanfang: Arbeitsstimme Dresden / Streichstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Städten erhältlich

5. Jahrgang

Dresden, Montag den 25. März 1929

Nummer 71

KPD legalisiert faschistische Diktatur! Der preußische Innenminister kündigt KPD- und NSB-Verbot an

Berlin, 25. März. (Eig. Drahtbericht)
Unter der Überschrift „Eine legitime Warnung“ hat Sonnabendabend der sozialdemokratische preußische Innenminister Grzesinski ein Kommuqué herausgegeben, in dem er die faschistischen Ausschreitungen der letzten Wochen zum Anlaß nimmt, um unzweideutig ein Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands und des Roten Frontkämpferbundes anzudrohen. Der Erlass schließt mit den Worten: „Ich werde gegen die radikalen Organisationen mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln rücksichtslos einzutreten. Dabei würde ich auch vor der Auflösung solcher Verbände und Vereinigungen nicht zurücktreten, die gleichzeitig die Form politischer Parteien haben. Die Polizeiverwaltungen in Preußen habe ich mit Erlass vom heutigen Tage mit entsprechenden strikten Anweisungen versehen.“

Der Wortlaut dieser ungeheuerlichen Kundgebung ist absichtlich so gefaßt, als ob Herr Grzesinski auch den Rechtsorganisationen zu Leibe gehen wolle. Davon kann natürlich gar keine Rede sein. Sind doch die sozialdemokratischen Minister, einschließlich des Herrn Grzesinski, leidige Holzgänger bei dem Ehrenpräsidenten der größten sozialistischen Organisation, des Stahlhelms. Die sozialdemokratischen Minister sind viel zu fechtbegierig den Großbürgertum, als daß sie dessen größte Trutzorganisationen auch nur anzutasten wagen würden.

Heute, die Androhung der Auflösung politischer Vereinigungen ist an die Adresse des Roten Frontkämpferbundes und der Kommunistischen Partei gerichtet. Die Politik der sozialdemokratischen Koalitionsregierung im Reich und in Preußen ist so reaktionär, daß die Bürgerblockminister dagegen wahrlich Weitentnahmen wagen. Mit den Namen Hermann Müller, Seering, Hillerding und Wissell ist die Schande des Panzerkreuzers A und der übrigen Kriegsflotte, ist die militärische Ausbildung des deutschen Kapitals, ist das Hinsinken der Arbeitsschicht in die Betriebe der Kapitalisten, ja deren Bedingungen, ist die Erhöhung der Steuerlasten für das werktätige Volk un trennbar verknüpft.

Heute zeigt sich diese Politik ihre Früchte. Die sozialdemokratischen Verborganisationen befinden sich in einer anarchistischen Unordnung. Gellend erheben sich die Stimmen der betrogenen Mitglieder. In Massen strömen sie nach links. Wenn es dafür noch eines besetzten Beweises bedarf hätte, so ist er in den letzten Tagen hundertfach erbracht durch den beispiellosen Sieg der revolutionären Opposition bei den Berliner und Dresdner Betriebsarbeiterwahlen, durch den Kürmischen Vormarsch der Opposition in den Zechenrevieren des Ruhrgebiets, durch die Eroberung der Betriebsratspositionen in Hunderten von Betrieben, die bisher reformistisch beherrsch waren.

Das leben und fühlen die sozialdemokratischen Führer. Sie sehen, wie lawinenartig der Widerstand gegen ihren Berrat in den Betrieben wächst, sie sehen, daß der Belagerungszustand ihres Jörgiebel in den Fabriken und Stempelstellen einen Massenstreik des Protestes auslöst, daß die Belegschaften aller Berliner Betriebsteile mit proletarischer Rührung erklären, daß sie am 1. Mai sitzen nicht in die Säle nerkranken, sondern unter den Lohnungen der KPD trocken Verbote auf den Straßen marschieren werden. Jeden Tag beläugeln neue Ereignisse, daß die Kommunistische Partei das mächtig erstarrende Zentrum des roten Widerstandes gegen die kapitalistische Politik von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten und NSB-Männern ist.

Schen darum kündigt der Minister des Konservativen mit der katholischen Kirche, der Herr, der den Bafen 800 Millionen bis eine Milliarde in den unerlässlichen Nachs werden will, der schon in manche Rottrotz-Ortsgruppe verboten hat — eben deshalb kündigt er nun mehr für ganz Preußen die Auflösung der Kommunistischen Partei und der Weltorganisation des Proletariats an. Das ist die Vorwegnahme und Vorbereitung der Hugenberg-Diktatur. Eden noch hat der Vorsitzende der Deutschen nationalen Volkspartei, der Herr über Banken, Zeitungs- und Filmkonzerne, vor seiner preußischen Landtagsfraktion erklärt, daß die Invaliden-, Knapphoffs-, Angestellten- und Erwerbslosenversicherung abgebaut, und durch die Diktatur mit dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung die Arbeiterschaft niedergeschlagen werden müsse. Der Sozialdemokrat Grzesinski erweist sich als kein gelehriger Schülz. Hugenberg hat gespißt. Und schon rückt Grzesinski mit seinem Erlass heraus.

Wenn es noch eines schlagenden Beweises bedarf hätte für unsere Behauptung über die Ursache der vorzeitigen Landtags-

Auflösung durch ein bürgerliches Klassegericht, daß nämlich heute die deutsche Bourgeoisie ihre faschistische Diktatur nicht auf dem primitiven Wege des alleinigen Terrors „rechtsradikaler“ Verbände aufzurichten sucht, sondern die Form der Legalisierung, der gleichmäßigen Übertragung einer faschistischen Diktatur mit Hilfe der sozialdemokratischen Koalitionsgenossen wählt, so ist diese „legitime Warnung“ des sozialdemokratischen Polizeiministers Beweis genug. Der ganze Charakter dieser Warnung ist jedoch noch verschärf durch einen damit verbundenen „Erlass“ an die preußischen Polizeibehörden, in dem nicht nur die Auflösung öffentlicher Versammlungen „unter freiem Himmel“, sondern auch

Auflösung von Versammlungen in geschlossenen Räumen

angewiesen wird. Daß sich die schamlosen Drohungen des SPD-Polizeibürtels nur gegen die revolutionären Arbeiterorganisationen richten, beweisen folgende Kommentare bedeutender Zeitungen der großkapitalistischen Auftraggeber Grzesinskis.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung:

„Der preußische Innenminister hat wahrscheinlich das Richtige getan, wenn er an seine kommunistischen Freunde von Rostock die oben wiedergegebene Mahnung gerichtet hat, denn nach Lage der Dinge kann sich keine Mahnung nur auf diese Bewegung, nicht auf die rechte beziehen. Nicht nur der Stahlhelm richtet sich seit langem nach den Beschränkungen, die ihm auf Einschaltung der Gewerke verpflichten, sondern sogar die Nationalsozialistische Arbeiterspartei, die bereits vor Wochen in ihren Organen vor einer Politik der Ausschreitungen eindringlich warnt.“

Die Bourgeoisie begnügt sich natürlich nicht mit den Drohungen des sozialdemokratischen Polizeibürtels. Deshalb fordert die

Berliner Börsenzeitung:

„Wenn auch eingeräumt werden soll, daß diese Verfügung einem gewissen Fortschritt gegenüber der bisherigen Vorheit bedeutet, legt Endes bleibt auch für eine halbe Mahnung. Durchgreifende Abhilfe schafft nur ein Mittel, die Auflösung des Roten Frontkämpferbundes, des Roten Jungsturms und der anderen kommunistischen Vororganisationen. Das Verbot ist längst fällig. Wie lange will ein Herr Grzesinski noch hinausschieben?“

Angesichts dieser offenen faschistischen Proklamation wendet sich die Kommunistische Partei an die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands und macht sie auf den durch Grzesinski drohenden Diktaturstreich mit höchstem Nachdruck aufmerksam. Seit langem fordert die Bourgeoisie und vor allem ihr rechter Flügel das Verbot der Kommunistischen Partei und des RFB. Bisher haben die SPD-Führer es nicht gewagt. Jetzt, wo die KPD von Erfolg zu Erfolg schreitet, wo sie sich anstellt, die Mehrheit des deutschen Proletariats um ihre Fahnen zu sammeln, soll das Verbot durchgeführt werden. Wie lassen uns durch die Drohungen Grzesinski nicht schrecken. Denn wir wissen, daß sich um die Partei des Proletariats hundertausende und Millionen von Arbeitern iharen werden, bereit, sie mit Jähen und Rügeln zu verhindern. Grzesinski und Seering wollen eure Partei verbieten, Arbeiters? Antwortet ihnen morgen und in den nächsten Tagen überall

durch die Wahl eurer Betriebsräte,

durch Masseneintritt in die Kommunistische Partei und in den Roten Frontkämpferbund!

Für die lädierten Arbeitern aber gilt es

auch die lädierten Landtagswahlen

dor zu bereiten und durchzuführen gegen die sozialdemokratischen Schlemmer des Goldmanns, gegen die legalisierte faschistische Diktatur mit Hilfe der KPD!

Nieder mit dem Sozialfaschismus!

Nieder mit den Konservativen, den Beamten der deutschen Bourgeoisie!

Kampf für den Sieg der Kommunistischen Partei über alle Feinde der Arbeiterschaft!

Berliner Jungarbeiter demonstrieren gegen Grzesinski-Verbot

Berlin, 25. März. (Eig. Drahtbericht)

Trotz Demonstrationoverbot des sozialdemokratischen Polizeipräsidiums Jörgiebel demonstrierten am Sonntag in Neutölln über 300 Jungarbeiter etwa dreieinhalb Stunden lang. Eine große Menge Arbeitnehmer begleitete den Zug. In der Zieten- und Steinmeile wurde die Arbeit aus den Fenstern durch Händeklatschen und Rotefront-Rufe die Demonstranten. Sie Rieder, Rufe auf die Polizei erschallten. In der Bergstraße wurde die Demonstration mit einer Kundgebung gegen das Demonstrationoverbot aufgehoben. Die Polizei kam nicht dazu, einzuschreiten.

Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei Deutschlands

loscher
Istwaren
Gotha
Peterswalde
Glockenfabrik
von P. Rabot

Schachtlitz
denau
Schulstraße 41
der
Maschinen
Apparate
Sternplatten
Aufnahmen
Araturen
und Gestalte

Sch- und
Stwaren
Schneider
Bismarckstr. 14
Koladen
ckwaren
nicht
stisch, Haldens
gründet 42

nem-
arten-
Feld-
men
alle
gemittel
Gutsmittel
ßwald
am Markt

Einkäufen
die Haushfrau in
verantwortet der
erstimme,
vorzugt
bewerten An-
in derselben
samt grundsätz-
s nur bei
nsorerten
anmehrungen
en und Kunden
nachschlägen
erschützen
ild Künge,
Lands Ber 17

ng!
leidung
pflege
platz)
heit
(E.V.)

29

2
-Sättel,
e Fahr-
schinen

-Süd
ung, sowie
arbeitung
Pirna
te Straße 10

Roter Vormarsch in den Betrieben

Auch der 3. Tag der Dresdner Straßenbahner ein voller Erfolg der Liste 2

Die ersten drei Tage der Abstimmung zu den Betriebsräte-wahlen der Dresdner Straßenbahn haben den Reformisten eine aussichtsreiche Niederlage gebracht. Ihre Hege gegen die oppositionellen Betriebsrätekandidaten wurde von den Dresdner Straßenbahner damit beantwortet, daß sie der Liste 2 ihre Stimme gaben. Die Bahnhöfe Tolkewitz und Neugrund brachten der Opposition eine Zweidrittelmehrheit, und deshalb fehlten die Reformisten ihre ganze Hoffnung auf die Abstimmung des Bahnhofs Wittenbauerstraße. Doch auch hier gelang es ihnen nicht, vorbereitet einzutreten. Sie muhten vielmehr auch hier erkennen, daß die dortigen Straßenbahner in ihrer großen Mehrheit zu den roten Betriebsräte-liste standen. 195 Stimmen für die Reformisten, 296 für die Opposition und 47 für die Christen ist das vorläufige Abstimmungsergebnis. Auf den drei Bahnhöfen wurden bisher insgesamt für die Reformisten 393, für die Opposition 851 und für die Christen 159 Stimmen abgegeben. Auf den anderen Bahnhöfen wird in diesen Tagen die Abstimmung durchgeführt, und es ist damit zu rechnen, daß sich der Stimmenzufluss der roten Betriebsräte noch vergrößert. Die Straßenbahner, die jetzt alle Kräfte mobilisieren, müssen den Teilerfolg zu einem vollständigen Sieg machen und zeigen, daß sie nichts mit der reformistischen Politik zu tun haben. So wie die Antwort der Berliner Verlehrerarbeiter eine Kampagne an die Reformisten gegen deren verbrecherischen Spaltungskurs und die Beseitigung der Arbeiterdemokratie war, so wird und muß auch das Dresden Wählergebnis der Straßenbahner ein eindeutiges Zeichen zur Vorhut des Proletariats, der revolutionären Gewerkschaftsopposition sein.

3. Tag der Abstimmung

Dresdner Straßenbahner

sämpft
gegen Arbeitsgemeinschaft,
gegen reformistische und christliche Gewerkschaftspolitik!

Böhlt
klassenbewußte rote Betriebsräte!

Stimmt für die Liste 2!
Gruner / Göthe
Lade / Berger

Rote Wahlerfolge bei Villero & Boch und in der Gussstahlhütte

Die Abstimmung der Belegschaft Villero & Boch zur diesjährigen Betriebsrätewahl endete erfolgreich für die Opposition. Von 1293 Wahlberechtigten stimmten 1154 ab, wovon 1132 Stimmen als gültig bezeichnet wurden. Die Liste 1 Opposition erhielt 435 Stimmen, die Liste 2 Reformisten 687. Von den 11 Sitzen im Arbeiterrat erhielt die Opposition 6. Bei Auszählung der Kandidaten erklärten die Reformisten, daß die Opposition überhaupt keinen Sitz erhalten würde und lehnten alle Forderungen der Opposition in bezug

auf die Durchführung der Arbeiterdemokratie ab. Die Abstimmung ist eine treffende Antwort auf das Gebaren der Reformisten.

Auch in der Gussstahlhütte bedeutet der Ausgang der Betriebsrätewahlen einen Erfolg der roten Betriebsräte. Von 1598 abgegebenen Stimmen erhält die Liste 1 Opposition 820 Stimmen und 5 Arbeiterratsäste, die Liste 2 Reformisten 971 und 8 Arbeiterratsäste.

Weitere oppositionelle Erfolge im Ruhrgebiet

Die weiter bestandenen Wahlresultate bei den Betriebsrätewahlen im Ruhrbergbau zeigen durchweg einen Vorsprung der Opposition. Die sozialdemokratischen Führer des Bergarbeiterverbandes wollten in diesem Zadre verhindern, daß überhaupt ein oppositioneller Arbeiterrat aufgestellt werden könnte. Die Ruhrbergarbeiter haben den SPD-Führern eine nicht missverständliche Antwort erteilt. Folgende Resultate sind neu bekanntgeworden:

Scholven-Buer: Opposition 1041, SPD 115, Christen 399.
Ardorf bei der Grube 3, 4 Herne: Opposition 1229, SPD 292, Christen 470, Mandate: Opposition 7, SPD 2, Christen 3.
Vereinigte Wertheim, Bottrop: Opposition 1121, SPD 323, Christen 240, Mandate: Opposition 8, SPD 3 Christen 1.
Braudorf, Arnsberg: Opposition 910, SPD 433, Christen 177, Mandate: Opposition 6, SPD 3, Christen 3.
Thannsroth 1, 2: Opposition 798, SPD 1001, Christen 262.
Karolus Magnus, Bergk-Borbeck: Opposition 204, SPD 308, Christen 213.

Baudumer Verein: Opposition 3033, SPD 2102, Christen 1173, Mandate: Opposition 10, Reformisten 7, Christen 3.

Ewald-Artmann, Eickendorf: Opposition 125, SPD 125, Christlich-Hirschdorfer Liste 52 Stimmen. Die Opposition hatte bisher überhaupt keinen Vertreter im Betriebsrat.

Zeche Ludwika, Bergk-Borbeck: Opposition 246, SPD 148, Christen 171, Mandate: Opposition 2, SPD 1 Christen 3.

Zeche Zollverein, Bottrop: Auf der freigewerkschaftlichen Liste kandidierten nur Kommunisten. Die Liste erhält 1297 Stimmen und 6 Betriebsräteäste. Die Christen erhalten 120 Stimmen.

Christian-Lepin, Delwig: Freigewerkschaftliche Liste 548 Stimmen und 7 Mandate, davon 4 Kommunisten. Die Christen erhalten 275 Stimmen und 3 Mandate.

im Wurmgebiet

Bei den Betriebsrätewahlen auf der Zeche Maria, Hauptförderei im Wurm-Gebiet, erhält die oppositionelle Liste 59 Stimmen, die SPD-Liste 517 Stimmen, die Christlich-Hirschdorfer Liste 58 Stimmen. An Sizien erhalten die Oppositionellen 5, die SPD 3 und die Christen 1 Sitz. Im vorigen Jahre hatten die Christen 7 Sitz erhalten und bildeten die Mehrheit in dem 12000igen Betriebsrat. In diesem Jahre wurde durch die Liste Einheit wiederum die christliche Mehrheit gebrochen. Der Sieg der oppositionellen Liste ist um so größer, als die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie im Wurmrevier die besten Kandidaten aus dem Bergarbeiterverband ausgeschlossen hatte und die Sozialdemokraten überhaupt keine oppositionellen Bergarbeiter auf die Betriebsrätelisten nehmen wollten. Erstens bei der diesjährigen Wahl die Führer der Christen und Sozialdemokraten gemeinsam gegen die oppositionelle Liste hielten, haben sich sowohl oppositionelle Bergarbeiter wie rebellierende christliche Arbeiter um die oppositionelle Einheitsliste gefasst.

in der Gothaer Waggonfabrik

Die Betriebsrätewahlen in der Gothaer Waggonfabrik ergeben folgendes Resultat:

Oppositionelle Gewerkschaftsliste 372 Stimmen
SPD-Liste 44 Stimmen
Christlich-Hirschdorfer Liste 31 Stimmen.

Die oppositionellen Gewerkschaftsliste erhalten 9 Sitz, die SPD 1 und die Christlich-Hirschdorfer 1 Sitz.

Glänzender Sieg bei den Betriebsräte-wahlen in den Bitterfelder IG-Farbenwerken

Bitterfeld, 24. März (Eig. Drahtbericht)

Die gestrigen Wahlen in den Werken des Griesheimer Konzerns der IG-Farbenindustrie brachten der Opposition einen

Machtvolle Antifaschistendemonstration in Basel

Basel, 25. März (Eig. Drahtmeldung.)

Die angekündigte Antifaschistendemonstration in Basel hat trotz des Verbots durch den Bundesrat stattgefunden. Militär- und Polizeipatrullen waren in der Stadt verteilt. Im großen und ganzen ist es aber in Basel zu keinen wesentlichen Zusammenstößen mit der Polizei und den Bundesstrupps gekommen. Die Demonstration in Basel beherrschte die ganze Stadt. Die Stellungnahme der Bundesregierung und die unverhüllten Aufforderungen des Bundesstrupps brachten für die Kundgebung eine außerordentliche Wirkung auf die Bevölkerung.

Die deutsch-schweizerische Grenze war im Gebiet des Kantons Basel durch Militärkordon abgeschlossen, um zu verhindern, daß von Börrach in Baden aus Teilnehmer zu der Kundgebung in Basel erscheinen könnten. An der Grenze wurde ein unerhört strenger Überwachungsdienst durchgeführt. Zahlreiche Deutsche wurden an der Grenze zurückgewiesen, obgleich sie im Besitz eines gültigen Reisepasses waren. Am Sonntag wurden sogar auf dem Bahnhof von Basel die Fahrgäste der Züge von Baden am Überschreiten der Grenze verhindert und zwangsweise wieder zurückgedrängt.

Das gleiche wurde an allen anderen deutsch-schweizerischen Grenzbereichen durchgeführt. Sogar der Straßenbahnbetrieb bis Basel von Börrach wurde eingestellt, so daß die Fahrgäste schon am Sonnabend nur noch bis an die Grenze kommen konnten. Auch Automobile, die aus dem inneren Deutschland kamen, mußten bis Montag warten, ehe sie nach der Schweiz weiterfahren konnten. Die Grenze von Rheinfelden bis Basel wurde abgesperrt.

Alle diese Maßnahmen haben nicht verhindern können, daß sich die wütigsten Massen in Basel zu einem wütigen Protest gegen den Faschismus sammelten.

Aber nicht nur in Basel, sondern auch in den übrigen großen Städten der Schweiz kam es am Sonntag zu wichtigen Demonstrationen. In Zürich kam es zu Zusammenstößen vor dem Posthof und auf dem Helvetiaplatz. Auf den Strassen wurden Angriffen an die Massen gehalten. Die Polizei versuchte, die Massen mit Gummiknüppeln auseinanderzutreiben. Die Demonstranten wandten sich aber gegen die Polizei und diese war gezwungen, Beleidigung herbeizuhören. Die Polizei schoss rücksichtslos in die Demonstranten hinunter. Mehrere Demonstranten wurden verletzt und muhten ins Krankenhaus gebracht werden. Am Abend kam es nochmals wiederholzt zu Zusammenstößen mit der Polizei.

Während des ganzen Tages wurden in der Stadt sechs etwa 15 Minuten dauernde Angriffe auf die Massen unternommen, darunter diejenige des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Schweiz und der Argentin Rosa Grimm. Die nähere Umgebung des italienischen Konsulats war von Polizei besonders gesichert worden.

Eine auf bedeutsamem Gebiete in Boppardhain abgeholtene Versammlung deutscher Kommunisten beschloß, ihren Plan, nach Basel vorzutreten, weil ausnahmslos aufgegeben.



Marshall Hoch ist an den Folgen der Lungenentzündung, an der er seit mehreren Wochen litt, verstorben. Mit Marshall Hoch ist einer der größten Menschenmöder dahingegangen. Nach dem Kriege war er Präsident des Militär-Komitees der Alliierten in Boppard und während dieser ganzen Zeit der erbitterteste Feind des französischen klassenbewußten Proletariats, gegen das er oft die Soldaten einsetzte.

großen Erfolg. Insgesamt wurden 3004 Stimmen abgegeben. Diese verteilen sich folgendermaßen:

	Opposition	Reformisten	Soziale	Ungültig
West. Sud	1002	139	116	28
Maintal	57	45	7	4
Saalestadt	252	220	31	9
West. Nord	388	310	79	12
Insgesamt:	1709	1014	233	48

Der bisherige Betriebsrat bestand aus 4 besonderten Betriebsräten der einzelnen Werke, von denen 3 vollkommen von den Reformisten beherrscht wurden. Die Werksleitung versuchte, unter Zustimmung der reformistischen Bürokratie, die in großer und kleinen Betrieben zusammenliegen und dadurch die Mehrheit für alle Werke in die Hände der Reformisten zu spielen, mit denen sie ja glänzend zusammen gearbeitet haben.

Jetzt hat die Opposition, auch wenn die Reformisten mit den Gelben zusammenarbeiten, mit rund ein Drittel oder 500 Stimmen die absolute Mehrheit. Dieser Erfolg ist besonders deswegen bedeutam, weil die reformistische Bürokratie, die in der Mehrzahl der bisherigen Betriebsräte viele Stützpunkte hatte, mit den ihm alten Mitteln gegen die Opposition arbeitete und die Opposition selbst, besonders in der Saalestadt und im West-Nord, außerlich stark verantwert war.

Sozialdemokratisch-gelbe Betriebsratsliste

Bei der Wahl zum Angestelltenrat für die Werke Oppau und Ludwigshafen der IG-Vereinigung wurde eine Wahl handlung überflüssig, da nur ein Wahlausfall eingingen. Da die Angestellten der Chemiefabrik genau gewählt werden konnten, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition keine Liste aufstellen. Wichtig ist aber, daß der einzige Wahlausfall dadurch zustande kam, daß aus Betriebsrat der Führer des AfA-Fundus-Socialdemokratischen Kandidaten als AfA-Losse auf die gleiche Liste mit Kandidaten des Deutschen Gewerkschaftsbundes verbanden und des gelben Gewerkschaftsbundes für Angestellte eingetragen. Erneut zeigt es sich hier, daß die SPD-Führer unbedingt mit den Gelben zusammengehen. Tadel, Zimmer, diese beiden ein beachtliches Verhältnis haben, weil die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die oppositionell gewählten öffentlichen und Hirschdorferischen Arbeiter mit den freigewerkschaftlichen und Christlich-Hirschdorferischen Arbeiter vereinigen will.

Kündigung des Bergarbeiter-Lohnarbeits

Essen, 21. März (Eigene Drahtmeldung)

Nachdem am Sonnabend eine Funktionärsversammlung des christlichen Bergarbeiterverbandes die Kündigung des Lohnarbeits zum nächsten Termin, das heißt, zum 30. April beschlossen hat, tagten gestern die Funktionäre der freigewerkschaftlichen Kohlearbeiter, die sich nach eingehender Beratung zu dem gleichen Vorgehen entschieden haben.

Befriediglich haben die Unternehmer mit aller Entschiedenheit jede Lohnverhöhung abgelehnt. Das Reichsarbeitsministerium wird nota bene beide Parteien schon in nächster Zeit in Besprechungen in Berlin laden.

Ein zweites Wahlgesegnert des Staatsgerichtshofes

III. Leipzig. In der Klage des Landesverbandes Württemberg der Volksfrontpartei und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Bau Württemberg, gegen das Land Württemberg auf Rechtswidrigkeit des Artikels 20, Abs. 2, des Landeswahlgesetzes über Württemberg vom 4. April 1921 hat der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich am Freitag in nichtöffentlicher Sitzung unter dem Vorbehalt des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons entschieden:

- Artikel 20, Abs. 2, des württembergischen Landeswahlgesetzes vom 4. April 1921 verstößt gegen die Reichsverfassung.
- Die übrigen Anträge der Parteien werden abgewiesen.

Die Buttilow-Werke führen den Siebenstundentag ein

Leipzig, 21. März (Eig. Bericht)

Der Leitungsrat Metallarbeiterverband laßt den Siebenstundentag in acht weiteren Betrieben einführen, so: im „Roter Buttilowwerk“, „Käffchen-Diel“, im „Max-Heckel-Werk“ und der Großfirma „Wolchow u. a.“. Insgesamt sollen in der nächsten Zeit 22500 Arbeiter den Siebenstundentag erhalten. Am 19. März wurde die siebenstündige Arbeitszeit in der Fabrik „Alzit“ eingeführt.

Am Tage

Die Elbe führt Hochwasser

Dresden. In den letzten 24 Stunden ist die Elbe erheblich geschwollen und führt reichlich Treibes. Das Wasser ist langsam im Steigen begriffen.

Ein zweiter Dammbruch am Mississippi

III. London. In der Nähe von Quincy im Staat Illinois ist am Freitag ein zweiter Damm des Mississippiflusses gebrochen, wodurch wieder weite Flächen landwirtschaftlichen Gebietes überflutet worden sind. Das Wasser steht in dem Gebiet etwa 2,10 Meter hoch, und die Gefahr, daß weitere Dämme dem ungeheuren Wasserdruk nachgeben, ist sehr groß. Erwa 800 Häuser sind in unmittelbarer Gefahr, zahlreiche Fabriken in den Städten längs des Flusses waren zur Schließung gezwungen, da ihre Räume unter Wasser stehen.

35 Opfer des Seebenunfalls in Pennsylvania

III. London. Die Kohlengrube in Parnassus im Staat Pennsylvania, die vor zwei Tagen der Sprengung einer schweren Explosions war, gibt bekannt, daß jetzt 45 Leichen der durch das Feuer eingeschlossenen Bergarbeiter festgestellt wurden. 9 Bergarbeiter werden noch immer vermisst, so daß mit einer Gesamtzahl von 35 Toten bei dem Unglück zu rechnen ist.

Schwere Unwetterkatastrophe in Mittelamerika

III. London. In den Staaten Alabama, Georgia und Karolina sind durch wasserbrüderliche Regen, Hagelsturme und Tornados schwere Schäden angerichtet worden. 6 Personen sind ertrunken. In der Kirche in Meridian in Alabama, die von einem Tornado schwer beschädigt wurde, kamen 5 Kinder ums Leben, während 8 verletzt wurden. Eines der getöteten Kinder wurde durch den Wind eine Meile weit fortgetragen.

men abgegeben	
Iste	Ungültig
16	28
7	4
21	9
79	12
33	18

besonderen Be-
vollkommen von
erstellung ver-

Büroaufgaben
Betriebsrat in
d die Macht
zu spielen, mit
ben.

ermitteln mit den
oder 500 Stim-
bejohrs der
punkt hatte,
an arbeitete und
ris und im Welt-

gelbe
e

ie Werte Oppen
wurde eine Wahl
eingegangen in
geliert werden
in seine Nähe auf
nachtrag dadurch
des AfA-Bundes
auf dieselbe Zeit
abzublauenabschließen
s für Angeklagte
ührer unbedeutend

Pinnen die
revolutionär
ungen förmlichen
schermaßnahmen
ll

arbeiter-

rahmierung
erfassung des
des Sohnortes
l beobachtet hat
alischen Kohlen-
dem gleichen Vor-

aller Entscheidend
eicharbeitsminis-
in nächster Zeit

egurtell
höfes

bandes Württem-
bergschaftlichen Deut-
ungen das Land
gewidrigkeit des
der Württemberg
für das Deutsche
unter dem Vorst
sieden:

hen Landeswahl-
tagen die Rechts-
en abgesiegen.

führen
og ein

(Eig. Bericht)
te den Beschluss
indienstag in acht
ter Putzlowen".
der Kroatianer
hnen Zeit 22.500
18. März wurde
sitzlich" eingeführt.

ie Elde erheblich
Voller ist langsam

appi
n Städte Wismar
stifts geboren,
en Gebües über
em Gebiet etwa
zum dem unge-
Etwa 800 Hörer
berlein in den
ung gezwungen

sozialen"
nossus im Städte
tag einer schweren
er durch das
wurden. 9. Febr.
att einer Gesamt-
lt.

amerita
Georgia und Karo-
stürme und Tor-
Versionen sind es
ne, die von einem
Negerkind um
getöteten Kindes
zogen.

Der Schulfampf / Zur Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins in Pirna

Heute treten die Vertreter der 18 888 sächsischen Lehrer in Pirna zusammen, um an der Hand der beiden Hauptgesetzordnungspunkte Erweiterung der Schulpflicht und die follegale Schulverwaltung, die Arbeit ihrer Organisation einer Prüfung zu unterziehen.

Sie treten in einer Zeit zusammen, in der sich klar erwaltet, daß die kulturpolitische Reaktion sich ungeheuer gesetzt hat und nach der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung alter Revolutionärer die Kräfte in vollen Scheinen einzubeziehen sich anschickt.

Kirchauseinanderziehung in Sachsen, Konföderat in Preußen, Wiederentzübung prächtiger Zensur in Berlin, ungeheure Mittelbewilligung für kirchliche Einrichtungen bei Herunterlockung der Ausgaben für Wohlfahrtszwecke und Schule, Nachteilnahme des Lehrer in der Wirtschaftsstudienfrage, Sparbestrebungen in allen Haushaltlinien bei dem Kapitel Schule — Abbau alter kultureller Einrichtungen bei gleichzeitigem Bau aller machtpolitischen Stützpunkte der Reaktion in Staat und Wirtschaft (Reichswehr, Flotte, Polizei, Justiz usw.) kennzeichnen die Situation.

Im gleichen Zeitpunkt liegen Millionen von Arbeitslosen auf den Straßen. Die „stabilisierte“ Wirtschaft ist nicht in der Lage, ihre Lohnslaven ausreichend zu entlohen. Wirtschaftskampf in ungeheurer Ausmaße sind an der Tagesordnung. Es gibt ein gewaltiges Grossen durch den ancheinend gesetzten Bau der Gesellschaft.

Wollen die Lehrer, die die Kinder der Massen zu bilden haben, hier beisteuern? Über wollen sie nicht vielmehr ihre Arbeit und die Arbeit ihrer Organisation in Beziehung mit dem Gesamtbild der Zeit betrachten und prüfen?

Wollen sie nicht leben und feststellen, daß sie in dem gelähmten Rahmen der gefilmten Ereignisse ein bestimmtes Maß von Funktionen zugewiesen erhalten?

Wollen sie nicht leben, daß sie in dem allgemeinen Kampf der Massen, der täglich töbt, eine bestimmt Stellung einnehmen müssen

für die Bourgeoisie — oder

für die Arbeiterschaft?

Wollen sie daran arbeiten, daß ein von den Wirtschafts- herren, Kirchenleuten und radikalgewandten Staatsmännern aufgestelltes Kultusziel verwirklicht wird, oder wollen sie mitarbeiten am Gesellschaftsbild der Zukunft, für das die arbeitende Klasse täglich und ständig ringt?

Möglich, wollen sie es sich genügen lassen, nachdem sie in dieser Republik der Ausbeutung die soziale Lage der Klassen in nichts gegenüber dem Vorkriegsstand geändert

jeden, Vertreter einer Standesorganisation zu sein, deren Anstrengung auf die Erfüllung von Gelegen, Durchführung kleiner und kleinster Reformen in neutralem Sinne geht?

Oder wollen sie die Kampfesorganisation auf kulturpolitisches Gebiete jene, die weitergreift, als die augenblicklichen Grenzen es gestatten?

Die klar und mutig sitzt auf die Seite der politisch-wirtschaftlich und kulturell kämpfenden Massen stellt,

die wie einst trozig auch gegen demokratische und reformistische Republikegierung das Ganze fordert, statt sich mit dem Teil zufrieden zu geben,

die statt der letzten Ruhe — bereit und gelegt von Schulräten und reformistischen Staatsbeamten — sich hinaus-

begeben will auf wilde Meer der Auseinandersetzung zwischen Kapital, Kirche, Bürgerum, Reformismus und

revolutionärer, klassenbewußter, nach dem Höchsten streifender Arbeiterschaft.

Es ist dies die große Frage, die heute vor der Lehrerschaft steht. Die Gesellschaft wird wagen, welche Antwort sie gibt und gegeben hat. Möge sie so ausfallen, daß sie nicht als zu leicht befunden wird. Wir haben sehr die Befürchtung, sie könnte, wenn sie so weiterjährt wie bisher, wenn sie statt der Grundlagen anzusteuern, ihre ganze Rücksicht und Betriebsamkeit an Ercheinungen der Oberfläche wenden, als zu leicht befunden werden.

Möge die heute beginnende Vertreterversammlung

solches historischen Wohl an ihre Arbeit legen!

Es wird auch hier sich zu zeigen haben, wie sie die Arbeit tut.

Wir bedauern, daß der Lehrerverein zu seinen Tagesordnungspunkten bisher keine Formulierungen, Thesen oder Rücksäge vorgelegt hat.

Sei dies nun ein Zeichen der Schwäche oder Schwierigkeit des Themas — wir möchten wünschen, daß die Versammlung das erste vorliegende Thema nicht in reformistischem, sondern in revolutionärem Sinne behandelt.

Wir brauchen — und das ist die Aufgabe der Zeit — Ausbau der gesamten vernachlässigten Volkschule.

Wir brauchen Kampf für die Einheitlichkeit des gesamten Schulwesens.

Kampf gegen die Versuche von Staat und Wirtschaft, das Bildungsprivileg erneut aufzurichten, einige wenigen bevorzugten Schullaufbahnen zu schaffen, die Massen aber im Summe zu lassen.

Kampf gegen die ersichtlichen Bestrebungen, die Volkschule noch mehr als bisher in den Dienst des neuzeitlichen Kapitalismus (durch raffinierter Differenzierung Kolonial- und Heimatideologie, stadtbürglerliche Erziehung usw.) zu stellen.

Wir brauchen Kampf für die proletarische Erziehung durch den Kampf um die proletarische Gesellschaftsordnung.

Nicht Reform, sondern Revolution!

Nicht Ruhe, sondern Bewegung!

Nicht Kampf um die bestmögliche Erziehung der proletarischen Kinder für die Zwecke des Bürgertums, sondern Kampf an der Seite der Arbeiterschaft für die Befreiung aus Fesseln und Zwang.

Mit Marx und Lenin!

Das Ziel der Erziehung

Gesellschaft umworben oder besser: mit Druck, Zwang und allenlei Machtmitteln gefügt gemacht.

Es ist eine Lust, zu erzählen und „erzogen zu werden“.

Welches ist die Bedeutung dieser Erziehung? Sie ist nur zu erklären, wenn man von reinen Erziehungspunkten absieht und von Bild auf die charakteristischen gesellschaftlichen Merkmale der Zeit richtet.

Es sind die Merkmale des Übergangsalters. Der Kampf zwischen kapitalistischer und sozialistisch-kommunistischer Gesellschaftsordnung ist das leitende Grundmotiv. Trotz teilweise Stabilisierung ihrer Weltansicht weiß die Bourgeoisie, daß ihre Machtmittel einmal durch die proletarische Revolution in die Hände des Proletariats übergehen werden und ihrem Purus, ihrem Profit, ihrem Gewinn dadurch ein für alle mal ein Ende gesetzt ist.

In dieser Situation sucht sie mit Erziehung mit ihrem gesamten, in Schule, Kirche, Kino, Zeitung, Kunst und Wissenschaft wirkenden Beeinflussungsapparat das durch das kapitalistische Sein in Widerstand umschlagende Bewußtsein in ihrem Glanz um so mehr zu erhalten, als es in ihrer ungebrochenen Glanzzeit nicht besonders nötig hatte.

So sehr sie auf der einen Seite Erfolg hat und so sehr sie ihr eigenes Erziehungsziel, den Menschen zum bestgeeigneten Ausbeutungsobjekt zu machen, die Übernahme von Erziehungs-ideal der kommenden Gesellschaft, wie Gemeinschaftsverziehung, Einbeziehung des sozialen Moments u. ä. zu verschleiert versucht, das revolutionäre Erziehungsstreben des Proletariats, wie es sich in den Organisationen der noch unterdrückten Klasse, den Gewerkschaften, den Kulturorganisationen, der proletarischen Jugend- und Kinderbewegung und nicht zuletzt in der mächtigen Erziehungswirkung Sowjetlands ausdrückt, kann sie dadurch nicht aufzuhalten. Die dialektische Gegenwirkung kann sie nicht aufzuhalten.

Sie kann diese Gegenwirkung um so weniger aufzuhalten als sie selbst, geswungen vom Klassengegensatz, Tag für Tag zeigt, daß sie im Aufzugsziel ihrer Klasse und dem für die Kinder der unterdrückten Klasse einen kleinen Unterschied macht; hier die höheren Schulen und deren Erziehungsziel, die Kinder der herrschenden Klasse zu hingebungsvollen Funktionären des Staates und Wirtschaftsapparates zu erziehen, dort die Volksschulen und Berufsschulen, deren Aufgabe es ist, den Kindern der unterdrückten Klasse als Objekt der Erziehung gerade die notwendige Bildung zu vermitteln, die sie als Objekte der Wirtschaft und des Staates noch brauchen.

Es gibt ein besonderes Erziehungsziel der kapitalistischen Gesellschaft und ein anderes des Proletariats. Beide scheiden sich wie Feuer und Wasser, so unverträglich wie die Interessen der beiden Klassen.

2.

Es ist wiederum ein historisches Grundgesetz, daß eine aufsteigende Klasse, nachdem sie die wirtschaftlichen und politischen Machtmittel erobert hat, sich mit härtester Kraft auf die Erziehung wendet. Gilt es doch hier, einmal die Neberrechte der kapitalistischen Erziehungswirkung, wie Glaube an Autorität, Minderwertigkeitsempfinden, Unterordnungswillen, individualistisch-egoistische Gesellschaftseinstellung, radikal herauszutreten und den neuen Menschen.

3. Das Gemeinschaftsbewußtsein,

der Solidarität,

der kritischen, dialektischen Denkwelt

werden zu lassen.

An die Stelle der kapitalistischen tritt die marginale Pädagogik, die nicht die Klassengegensätze vertritt, sondern hervorhebt, die die Religion vollkommen ausscheidet, die auf Grund einer einheitlichen Gesellschafts- und Weltanschauung die wahre Einheitschule ermöglicht, die die in der kapitalistischen Gesellschaft so sehr hervortretenden Grenzen der Erziehung durch die vollkommenen Einheitszwischen den Erziehung und Leben ungeheuer erweitert und eine der gesamten Bevölkerung sozial nützliche Arbeit leistet.

Es tut mehr, als ja angehört des heuchlerischen Erziehungsvergebens des Bürgertums, angehört der reformistischen Einstellung, die glaubt, schon heute innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ein befriedigendes Schulwesen mit Hilfe von Schulratsposten schaffen zu können, zu betonen:

Das proletarische Erziehungsziel der Klassen, vertritt nicht nur die kommunistische Gesellschaft auf dem Wege der proletarischen Revolution.

Hier verschwindet die Erziehungswille mit politischen Kampf, hier wird der Pädagoge gewungen, sich in den Kampf der Klassen mit vollem Kraft einzureihen. Hier wird der Lehrer, der Erziehungswille vorgehalten:

Hic Rhodus, sic latet!

Moeg und Benda!

Leitsätze der Arbeitsgemeinschaft kommunistischer Lehrer Sachsen zum Thema „Verlängerung der allgemeinen Schulpflicht“

Allgemeines

Die Entwicklung des Schul- und allgemeinen Bildungswesens läuft im allgemeinen parallel der Entwicklung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse:

a) Die bürgerliche Gesellschaftsordnung (Feudalismus) hatte beim Antreten an der Bildung der unteren Volksklassen, da alle entscheidenden Berufe nach dem Grundsatz des Standesprivilegs (Standeserziehung) ausgeschlossen wurden.

b) Die bürgerliche Gesellschaft — befreit von dem Grundsatz des individuellen Eigentums, deren Erwerbung und Erhaltung stellt die unbürokratische Berufsmäßige und Berufsbildung eine unmittelbare und spätere Lohnauskunft in jenen Zeiten voran, in denen abgeschlossene Schulwesen — Bildungsprinzip nach dem Grundsatz des Faches.

c) Das Interesse des heute — in der Zeit der Auflösung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung — bedeutungsvollen Familienarbeitsmarkt, der eigentumslosen arbeitenden Bevölkerung, wie auch die Abdankung und Vorbereitung der kommenden kommunistischen Gesellschaft erfordert ein Bildungs- und Schulwesen, das in Inhalt und Form die Prinzipien der kapitalistischen Gesellschaft ausdrückt und sich einstellt

1. auf Erziehung zum Klassenbewußtsein;

2. Weltlichkeit;

3. Arbeits- und Produktionswerte;

4. Einheitlichkeit.

II.

1. Die jetzt Jahrzehnten erhobene Forderung der Einheitlichkeit des gesamten Schulwesens ist im Verlaufe der Entwicklung — fast durchgeführt zu werden — zur Forderung aus der Verlängerung der Schulpflicht in Form der Ausbildung zweier weiterer Schulzweige auf einzelne Schule für logenweise Begabte herabgekürzt.

2. Das bedeutet in dieser Form ein Zugeständnis an die Interessen der herrschenden Gesellschaftskräfte, die geleitet

a) von der Feindschaft gegen den betroffenen Klassen auf volle gesellschaftliche Geltung und Herrschaft;

b) von der Erhaltung des Bildungsprivilegs.

3. Die herrschende Klasse führt den Kampf für die Grundlagen und gegen die betroffenen Ansprüche der Unterdrückten, indem sie einzelne, im Rahmen des Gesamtziels winzige Reformen wiederum im eigenen Interesse der Ausbildung des Schulwesens an die rationalistische Wirtschaft gewährt.

4. Sie betrachtet die Frage der Verlängerung der Schulpflicht unter dem Gesichtspunkt der Befestigung ihres Machtaufbaus:

a) der Ablehnung der Einheitlichkeit des gesamten Schulwesens;

b) der sich auswirkenden Begabtenauslese.

III.

1. Die heutige Begabtenauslese bedeutet aber, soziologisch gesehen, eine Benachteiligung der großen überwiegenden Masse der von der heutigen intellektuell geprägten Wissenschaft nicht als hervorragend begabt bezeichneten Kinder. Sie wirkt sich aus:

a) in einer neuen organisatorischen Differenzierung des Schulwesens im Dienste der heutigen gesellschaftlichen Kräfte, des Kapitalismus;

b) in der Verhinderung der Einrichtung des zurückbleibenden Teils des Schulwesens in jämmerlicher Beziehung;

c) in der Unterbindung der vorhandenen Tendenzen zur sozialen Einheitlichkeit des Schulwesens;

d) die Organisation der Volksschule nur in der Richtung der „Begabtenauslese“ muß deshalb von der Lehrerbefreiung abgelehnt und an ihre Stelle die Forderung des Ausbaues der gesamten Volksschule gestellt werden.

IV.

1. Der Ausbau der Volksschule in der heutigen Gesellschaft kann nur im Rahmen des Ausbaus in der organisiatorischen Veränderung des gesamten Schulwesens (Volks-, Berufs-, höhere Schulwesen) gelingen.

2. Dabei ist als Grundline und F

Der Sächsische Landtag, Volksschule und Lehrerschaft

Von Rudolf Renner

Die Volksschulpolitik des Sächsischen Landtages stand jahrelang unter der Leitung des Volksbildungsmasters Dr. Käfer. Auf seine Tätigkeit hier beiderseits einzugehen, erübrigt sich, da ja anlässlich seines Ausscheidens aus dem Ministerium auch die Lehrerzeitung diese Tätigkeit genügend gewürdigt hat. Für die Lehrerschaft war die Regierung Käfer sicher kein Vorteil. Dass es unter Bürger nicht heißt wird, zeigt die Abwendung der leichten Vorlage zum Schulbedarfsgefecht, die Festlegung der Pflichtstundenzahl für die Lehrer. Nach der von der Regierung vorgelegten und in der letzten Landtagssitzung angenommenen Vorlage bleibt alles beim alten. Die Versprechungen des Schulbedarfsgefechtes bleiben nach wie vor auf dem Papier. In den Beratungen über die Vorlage haben die Deutschnationalen alle Hebel in Bewegung gebracht, um eine Hebe gegen die Volksschule zu entrichten. Sie erklärten, dass die Lehrer Sonderrechte vor den anderen Beamten haben wollten. Die Arbeit der Lehrer sei nicht so schwierig, dass sie nicht 28 und 30 Stunden Unterricht erledigen könnten. Börner und Grellmann sprachen von einem Volksschulheld, der sich sicherlich gegen die Lehrer ausspielen werde. In gleicher Richtung lagen die Ausführungen der Volksparteileiter.

In der übelsten Lage befanden sich jedoch die Herren Demokraten. Sie haben sich sehr leichtfertig, um den Einzug bei den Lehrern nicht einzubauen; sie leben dabei ohne Zweifel von früheren Verdiensten des Professors Seydel, wollten sie der Vorlage nicht einfach ihre Zustimmung geben. Andererseits zwang sie ihre Stellung in der Koalition, doch eine Justizierung zu vermeiden. Herr Dehne stellte deswegen im Rechtsausschuss einen Antrag, der die Durchführung des Schulbedarfsgefechtes in 4 Jahren vorlauft. Von Seiten der Kommunisten wurde verlangt, dass die Pflichtstundenzahl allgemein, sowohl bei den Volksschullehrern wie an den höheren Schulen, auf 24 Stunden festgesetzt wird. Für den Fall, dass dieser Antrag abgelehnt werde, forderte die kommunistische Landtagsfraktion, dass dann das Alter der unter die 28-Pflichtstunden-Ausübung fallenden Lehrer auf 10 Jahre herabgesetzt werde. Alle Anträge wurden abgelehnt. Abgelehnt wurde aber auch die Vorlage der Regierung — wenigstens im Rechtsausschuss. In der Plenarsitzung vom 21. März änderte sich aber das Abstimmungsverhältnis. Die Demokraten waren wieder einmal umgeschwenkt. In Verhandlungen untereinander und mit der Regierung hatten die Regierungsparteien einen neuen Ausweg ausgeholt. Die Altkonservativen brachten einen Antrag, dessen Formulierung, wie Börke zugab, von der Regierung stammte und der dem Gesetz einen Abschnitt entzog, dass die Regierung bis Oktober einen Plan über die Auswirkungen des Schulbedarfsgefechtes vorlegen solle. Au dem Wege wird dadurch praktisch nichts geändert. Auch dann noch nicht, wenn ein solcher Plan vorgelegt wird.

Da in der Sitzung vorauszuweichen war, dass die Bürgerblätter das Gesetz zur Annahme bringen werden, wurden von den Kommunisten ihre Anträge für die Plenarsitzung wieder aufgenommen. Auch die Demokraten brachten ihren Antrag ein. Dann stellte die SPD einen Antrag, der das Schulbedarfsgefecht in einem Jahr zur Durchführung bringen sollte.

Als Hauptbegründung zur Ablehnung der soortigen Durchführung wenigstens des Schulbedarfsgefechtes wurde die dadurch entstehende finanzielle Belastung angeführt. Die Mehrkosten,

die entstehen, betragen nach der Bezeichnung des Finanzministers rund 6,7 Millionen Mark. Praktisch dürfte diese Berechnung wohl sehr übertrieben sein. Wenn man 2,5 Millionen Mark zugreife legt, dürfte damit alles erreicht sein. Aber zweitens wir die Bezeichnung nicht an, so haben wir die Frage zu beantworten, ob die Regierung immer und überall so sparsam ist? Da ist zweitens die Stundungserordnung zur Mietzinssteuer, die einen Ausfall von Einnahmen von einigen Millionen mit sich bringt. Dann liegt dem Landtag ein Gegenentwurf vor, der eine Herabsetzung der Mietzinssteuer um 12,33 Millionen Mark vorschreibt. Diese Herabsetzung soll erfolgen um die Erhöhung der Hypothekenlasten auszugleichen, die jetzt um 2 Prozent gestiegen sind. Der Steuererlass beträgt aber bei dem überwiegenden Haushalt 3% Prozent. Rechnete man eine 100prozentige Belastung der Haushälter mit Hypotheken, so würden immerhin noch 3,5 bis 4,5 Millionen an Nebenkosten in die Tasche der Haushälter liegen. Da wir aber auch als Belastung durchschnittlich nur 10 Prozent rechnen können, würden mindestens weitere 3,2 Millionen Mark in die Tasche der Haushälter liegen, so das dienen ein Gehalt von 6,7 bis 7,3 Millionen Mark gestellt würde. Dazu ist also Geld vorhanden. Auch dieser Betrag ist ja keineswegs ein einmaliger, sondern ein jedes Jahr wiederkehrender. Jetzt schon müssten über 7 Millionen Mark als Standardlohn zum Wohnungsbau eingestellt werden, weil die Summe durch den Steuererlass aufgestellt.

Die Finanzfrage kann also nicht allein die Rolle spielen. Es ist die Auswirkung der allgemein herrschenden Kulturreaktion, die sich hier ausdrückt. Volksschule und Volksschulärzte sollen keineswegs auf ein höheres Niveau gehoben werden.

Im Plenum wurden dann auch alle Abänderungsanträge, mit Ausnahme des nichtslagenden Antrages Börke, abgelehnt und die Regierungsvorlage auch mit den Stimmen der Demokraten angenommen.

Die Beratung und Abstimmung über dieses Gesetz zeigen im weitesten Maße die Schulpolitik des Sächsischen Landtages schul- und lehrerfeindlich. Auch in der Vorlage über die Verwaltungsumform und weitere Anträge auf die Schule geplant. So wird dort die Erweiterung der Vollmachten der Bezirkschulräte, aber auch die Einschränkung der Schulausschüsse angekündigt. Es ist nicht daran zu zweifeln, dass die Regierungsmehrheit auch dieses Gesetz annimmt. Der Sächsische Landtag handelt da, wie die Institutionen der bürgerlichen herrschenden kapitalistischen Gesellschaft überall. Zum Erhalt des Kapitalismus werden die Ausgaben für Kulturzwecke wie für Sozialmaßnahmen immer mehr beschränkt. Die Gewerber werden für die neuen Rüstungen verwendet und verschwendet. Diejenigen herrschende Klasse unterdrückt immer härter jede soziale Regung. Die Menge der neuen Projekte (Hochverrat, Gottesträger, Schriftsteller, und Verleger, Prozeß) sind dafür Beweis genug.

Auch vor der Lehrerschaft steht dabei die Frage: Kampft ihr Seite an Seite mit den Mächtigen der Vergangenheit, dann müsst ihr, ob sie will oder nicht, rückgrifflich wirken — oder erinnert ihr sich und kämpft mit den Kräften des Fortschritts, dann müsst ihr in den Reihen der Revolution kämpfen. Zwischen diese beiden Kräfte stellt sich stellen, heißt zerteilt werden und solche Durchschnitte empfangen, wie sie der Sächsische Landtag erst jetzt wieder den Lehrern erzeigt hat.

Kultur und Proletariat . . .

aus einer Rede Clara Zetkins, gehalten auf dem 1. Allsozialistischen Lehrerkongress in Moskau, Januar 1925, vor 2000 Lehrern

Wie anders hat die proletarische Revolution in der Sowjetunion alles gestaltet! Das Erziehungsziel, die Verständigung, die soziale Stellung der Lehrerschaft, die Bildungsmöglichkeit der Kinder. Die Erziehung hat nicht mehr Bourgeois und Proletarier zurecht zu treiben. Sie soll das Ausblühende und Neisen junger Menschen unterstützen und fördern, soll unter Beobachtung und Anwendung der Ergebnisse der Wissenschaft, unter Ausnutzung der Herrschaften der Kunst, der Wunder der Natur alle körperlichen und geistigen Kräfte weden, stärken, wissentlich machen. Bei gemeinsamer Arbeit für gemeinsame Arbeit. Nicht dem Schema einer angeblich neutralen Bildung entsprechend, die in Wirklichkeit nur der reiche und mächtige Domänen für bürgerliche Klassebildung ist. Kein und tausendmal kein! Werk vom Ideal der proletarischen, der revolutionären Weltanschauung, die den Schaffenden gebietet: Philosophie mit dem Hammer! Fertigumsetzung die Welt des Kapitalismus! Erbaut die Welt des Kommunismus! Ungefähr den kapitalistischen Regierungen blühen die Verwaltungen und Regierenden in der Sowjetunion nicht auf die Lehrer und Lehrerinnen als auf eine Truppe geistiger Klosterräuber der Bourgeoisie herab, für die sie nur Profanen vom reichen Thabe der bürgerlichen Gesellschaft fallen lassen. Sie schätzen die Lehrer und Lehrerinnen als wertvolle Bundes-

genossen und Mitarbeiter an der Schönung des kommunistischen Aufbaues, der Erziehung von Werkleuten und Kaufmännern an dieser revolutionären Schönung. Sie wissen und wetten, was die Lehrerschaft für die Erziehung von Millionen der aufwachenden Generationen bedeutet und leistet von neuen Menschen, die den eisernen, klaren Willen und die Fähigkeiten haben, den Kommunismus zu verwirklichen. In der Wirtschaft, im ideologischen Überbau der Gesellschaft, in der Brust der Menschen, wo dunkle Gewalten schlafen, das Echo der Vergangenheit im Zuhören, Denken, Wollen. Die Sowjetregierung und die kommunistische Partei wissen und wetten, dass die Lehrerschaft durch die Kinder und Jugend auch rückwärtig die Eltern erzieht. Das sie durch die Erziehung der Kinder und Jugend schöpft über die Gegenwart in die Zukunft hinüberwirkt. Die Sowjetregierung und die kommunistische Partei lehnen klaren Augen die außerordentlich weit- und tiefrückenden Aufgaben, die der Aufbau des Kommunismus den Lehrern und Lehrerinnen stellt. Diese müssen Freunde, Erzieher der proletarischen und bürgerlichen Massen im umfassenden Sinne des Wortes sein. Berater und Helfer dieser Massen, um die Mühlen der Wirtschaft zu mindern und ihren Erfolg zu steigern. Berater und Helfer dieser Massen in diesem breiten Ringen um neue, höhere Normen der Lebensgestaltung, um einen neuen, höheren Lebensinhalt. Vermittler zwischen Stadt und Dorf, zwischen Proletariat und Bauer, zwischen Fabrikanten und Geschäftsmännern. Auch hervorragende Erbauer des Kommunismus. Der Allsozialistische Verband der Lehrergewerkschaften ist von dem starken, ehrlichen Willen bestimmt, eingebungenen die Massen einer hellen, freien Zukunft entgegenzuführen. Das befindet auch kein internationaler Zusammenschluss mit den revolutionären Lehrergewerkschaften anderer Länder, die dort den Kampf gegen Klostererziehung und Klassenunterschiede der Bourgeoisie aufgenommen haben.

Lenin

und der Volksschullehrer

Der Volksschullehrer soll bei uns auf einer Höhe stehen, auf der er noch in seinem bürgerlichen Lände gestanden hat, und auch nicht stehen kann. Das ist eine Wahrheit, die feiner weiteren Begründung bedarf. Und dazu müssen wir uns durchdringen durch systematische, hartnäckige und zielbewusste Arbeit an seiner geistigen Hebung, an seiner allseitigen Ausbildung zu seinem wohlaufenden Berufe und — was das Wiler- und Allerwichtigste ist — an der Hebung seiner materiellen Lage."

Lenin, Pravda vom 15. Mai 1923

Lunatscharsky und die Lehrerbildung

Aller, was die höhere Erziehung am Erstarken bietet, muss von den Volksschullehrern assimiliert werden, um dieselben der unendlich satten Seele des Kindes, der Generation zu vermitteln, für die wir gelebt haben und gehört haben; alles muss beitragen, damit endlich das innere Menschentum des Individuums sich offenbart.

Lunatscharsky, 15. Okt. 1924

Russische Schulpraxis

oder: Wo gibt's das in Deutschland?

(Aus einem Bericht des Volkskommissariats für Aufklärung, Moskau — Sektion der sozialen Erziehung.)

Kinderstädte des 3. Internationale

Ein Versuch einer Kindergruppe auf Staatskosten eine soziale Erziehung zu geben. Die Eigentümlichkeit des Versuchs ist darin, dass die Kinder in den Kinderheimen nicht ihrem Alter nach, sondern nach anderen Kennzeichen gruppiert werden: ein Haus für Physienschwache, ein Haus für Schwesterziehbare, ein Haus für besonders Begabte und mehrere Häuser für normale Kinder. Im ganzen Städte befinden sich sieben Kinderhäuser; ein Haus außerhalb der Stadt, ein Kindergarten, Schule einer und zweiter Stufe. Im Kindergarten und in der Schule befinden sich außer den Kindern der Kinderheime des Städte auch Externe.

Im Städte finden wir einen kommunalischen Kreis, eine Sportgesellschaft. Außerdem wird Kulturarbeit im Club geführt.

Die Station in Krasnowo-Malachowsk

Ein Versuch der Erziehung außerhalb der Stadt auf Grund wissenschaftlicher Bildung mit rationeller Landwirtschaft. Diese Schule, vor 12 Jahren entstanden, hat ein großes Internat, einen Kindergarten für Externe, eine sechsjährige Schule der ersten Stufe und eine vierjährige Schule der zweiten Stufe.

Die Schule ist mit zweijährigen pädagogischen Kurzen verbunden. Die Schule hat eine Sowjet-Landwirtschaft. Beide Aufmerksamkeit wird in der ersten Stufe dem Gesamtunterricht gewidmet, in der zweiten — einer ernstlichen wissenschaftlichen Vorbereitung.

Ein Internat in Familienform: eine Reihe von Kinderhäusern, wo die Erzieher mit den Kindern ein gemeinsames Kollektiv bilden.



Die Arbeitschule

Die Arbeitschule muss ihre Lebensträume aus dem werktätigen Leben des Volkes augen, und sie ist undenkbar, wenn nicht zwischen ihr und diesem Leben ein lebendiger Zusammenhang besteht. Sobald die breiten Volksmassen besser verstehen werden, was eigentlich die Arbeitschule ist, so werden sie denen, die sie fabriziert haben, dies nicht unverzüglich abnehmen lassen. Wer nicht zur Verwertung der Arbeitschule beiträgt, macht sich einer sehr ungünstigen Spaltung schuldig, nämlich der Spaltung auf die pädagogische Uniformiertheit des Volkes. Wir müssen dagegen möglichst viel zur Information des Volkes und zur Anregung seiner pädagogischen Selbstbetätigung anstreben. Wir müssen die pädagogischen Kräfte in den werktätigen Massen wecken und müssen zu diesem Zweck eine möglichst umfassende pädagogische Agitation und Propaganda einführen. Der Lehrer der Arbeitschule ist ein Agitator und Propagandist für die Arbeit, und wenn er kein Agitator ist, wenn er keine Sympathie für die Schule, ja noch mehr, seine Aktivität unter der werktätigen Bevölkerung für sie erweckt wird, so wird er auch keine Schule schaffen können, die mit dem allgemeinen werktätigen Leben der Bevölkerung im Zusammenhang steht, d. h. er wird also keine richtige Arbeitschule schaffen können. (Blonny, Die Arbeitschule)

Die kommunistische Kinderbewegung

(Aus: Hoernle, Die Arbeit in den Kindergarten.)

Die Kindergarten ist durchaus keine Kinderpartei. Ihr Kampf ist in erster Linie Erziehungsmitel. Er darf nur geübt werden, insofern es den kindlichen Fähigkeiten und Kräften entspricht und mit den dem Kindesalter zugesagten Mitteln.

Die politische Erziehung des Kindes geschieht nicht durch Körtege, Versammlungsbeschlüsse, Resolutionen, sondern durch die sorgfältige und planvolle Anleitung zur Beobachtung des gesellschaftlichen Lebens, zum selbstständigen Ziehen von Schlüssen, und deren überlegte und energische Umsetzung in organisatorische Tat.

Ein neuer Typus der Pädagogen wählt heran, des mit dem Kind lernenden Lehrers, des Erziehers, der nicht äußerlich noch innerlich getrennt von den Kindern steht, sondern mit ihnen Lebens-, Arbeits- und Kampfgemeinschaft bildet. Die Förderung der besten wissenschaftlichen Pädagogen: hier beginnt die Möglichkeit zu werden, nicht im fiktiven Laboratorium einzelner „Berufsschulen“, sondern in der breiten Öffentlichkeit einer lebendigen Kinder-Massenbewegung.

Die bürgerlichen Reformer reden viel von der Psychoanalyse. Auch wir wenden Psychoanalyse an, ohne viel lästige Wissenschaft, einfach, indem wir unseren Kindern die Quelle ihrer inneren und äußeren Not behutsam aufdecken, indem wir mit ihnen den Weg geben, der aus dieser Not herausführt, indem wir an die Stelle der dumpfen Minderwertigkeitsgefühle die klaren Hoffnungen, die das Bewußtsein erzeugt, ein brauchbares Glied zu sein der großen proletarischen Kampfgemeinschaft.

Die bürgerliche Vernische lädt den Fortschritt des Proletariats verklären. Die bürgerliche Gesellschaft hat nur ein sehr begrenztes Interesse an der Erziehung ernsthafter Fortschrittspersönlichkeiten. Sie braucht nur einzelne, aus der Masse herausgehobene geistige Führer. Um diese zu schufen, genügen die wenigen höheren Schulen. Und auch diese geistigen Führerpersönlichkeiten sollen nicht so sehr selbstständige Führer sein, die mit physisch-spiritueller Konsequenz jeden Gedanken zu Ende denken, sondern vielmehr beamte Gelehrte und Spezialisten. Die Masse des arbeitenden Volkes ist zum Gehorchen und Ausführen da, sie hat mechanisch zu lernen und wiederzugeben. Sie bekommt deshalb eine ferige, von der herrschenden Klasse approbierte Weltanschauung vorgezeigt, die sie fröhlich zu übernehmen und nach der sie sich widersprüchlichlos zu richten hat. Die bürgerliche Erziehung lehrt deshalb Weltanschauung (dogmatischer Religions- und Moralunterricht). Ihre Weltanschauung ist nicht eine lebendige, aktivernde Kraft (wie es das Christentum ursprünglich sein wollte), sondern ein philosophisches System, das man wahr hält, und dessen gleichermaßen Schein die hatten Widersprüche der bürgerlichen Wirklichkeit verhüllen soll.

Der Kampf um den Sozialismus erfordert Menschen, die sich von der überkommenen bürgerlichen Weltanschauung und Sichtweise bewegt loslösen und selbstständig mit physisch-spiritueller Konsequenz ihr eigenes klassenmäßiges Denken entwickeln. Wir können deshalb auch keine revolutionär-sozialistische Weltanschauung den Kindern lehren, wie können nur bestimmte Erkenntnisse und Betrachtungsweisen in unseren Kindern anregen, und zwar aus ihren Lebenserfahrungen und aus den Erfahrungen ihrer Klasse heraus. Wie machen wir das?

Zunächst müssen wir uns abgewöhnen, nach Lehrbüchern und Kapiteln zu fragen. Es gibt noch kein Handbuch proletarisch-revolutionärer Weltanschauung und Ethik. Wir brauchen es

Eine Arbeiterin „spinnst“ ...

Das Eis des Stromes barst. Die Schollen traten die große Reile an, dem Meere zu, das Kunde hat von heißen Ländern. Der 12-Stunden-Tag verging. Eine Arbeitserin liegt müde zu Hause und „spinn“¹. Träumt, phantasiert, wenn das Schönere klingt. Es bedeutet dasselbe Sich-Herauslösen. Wollen aus dem unerbittlichen, für das Proletariat unerbittlichen Lebensprozeß im kapitalistischen System. Wer löst sich als einzelner heraus? Keiner. Und hätte er den geistigsten Geist, den unzermürbtesten Körper. Und nun gut diese Arbeitserin. Sie gehört noch nicht zur großen Schat ihrer Schwestern, die um ihr politisches Menschenrecht mitkämpfen in den Reihen der Männer. Sie trägt ihr hartes Los allein. Ganz alleine. Daß unwiderrückt hält sie ihr Bein vor sich auf dem Stuhl. Es ist offen. Eine Venenentzündung, hervorgerufen durch Krempeladern, hervorgerufen durch 12ständiges Stehen in 12 Monaten von 12 Jahren, hervorgerufen durch plötzliche Ausheutung, zeitigte dies kalte Bein. Mit ihm steht sie wiederum zehn 12 Stunden wie viele Monate, wieviele Jahre noch? Sie wäre froh, wenn sie noch Jahre so stehen dürfte. Aber hinter ihr steht die Waffe der Entlassung, in jeder dieser 12 Stunden, in jeder Minute von 60 in der Stunde. — Aber der Frühling kommt. Und die Arbeitserin mit dem frakten Bein „spinn“¹. Es ist schön. Früh um 5 Uhr wird es schon Tag. Und wie lange es jetzt hell bleibt. Morgens ist es am schönsten. Auf der Bürgerwiese singen die Vögel. (Auf der Bürgerwiese singen die Vögel. Aber in den Proleten hinterhöfen weinen aus dem Schlaf gerissene Kinder.) Es ist schön. Wie sie sich einander zuwenden. Wie sie an ihren Nestern bauen. „Und du?“ frage ich. „Hast du Zeit an Deinem Nest zu bauen, das es nicht ist als ein elender Unterschlupf. Die Logik der Abendstunde ist dahin, verflüchtigt sich zu Lebzeiten wie der kleine rote Sonnenstreifen am Himmel. Jetzt ist die Illusion und das Zirrli der Frühlingsboten. Einbricht die dunkle Nacht und alle Schrecknisse mit ihr. Aber es wird kein ein Morgen Blutigrot. Da bricht der wahre Frühling an.“ Septima

Mertwürdige Praktiken gegen die Arbeiterchaft

Der Jugendheimausstausch Dresden-II hofft uns um Veröffentlichung folgender Mitteilung. Der Jugendheimausstausch Dresden-II hatte im vorigen Jahre durch Verhandlungen erreicht, daß ihm für die Jugendweihe die neuerrichteten Räume der „Schauburg“ überlassen wurden. Damals wurde von Seiten der Direktion erklärt, sie hätte ein großes Interesse daran den Arbeitern der Neu- und Antonstadt entgegen zu kommen. Wollte sie doch, daß der größte Teil ihrer Bevölkerung Arbeiter seien. Wohl wurden Ihnen im vorigen Jahre Stimmen laut, die meinten, die „Schauburg“ als ein zum Jugendberg-Konzept gehöriges Unternehmen kommt dem Jugendheimausstausch nur deswegen entgegen, um die Arbeiter erst einmal an sich heranzuziehen. — Als nur in diesem Jahre wieder mit der Direktion wegen der Überlassung verhandelt wurde, lehnte die Direktion das Erüben ab. Als Gründe wurden angeführt, Verhandlungen mit dem „Verband der Sozialistin“ noch denen einer Überlassung der Räume der Lichtspieltheater zu anderen Zwecken als zu Filmvorführungen nicht mehr gestattet werden soll. Ferner hätten die Veranstaltungen der Kulturfilmgemeinde durch die Überlassung des Theaters zur Jugendweihe gefährdet werden müssen. — Die Tatfrage des andern großen Lichtspieltheater ihre Räume nach wie vor auch zu anderen Zwecken als Filmvorführungen zur Verfügung stellen, ist der Beweis dafür, daß die Angaben der Direktion wenig glaubhaft erscheinen. Ebenso fest steht, daß die Angaben wegen dem Schwierigkeiten mit der Filmgestaltung für die Kulturfilmgemeinde nicht den Tatsachen entsprechen. Die von den Mitgliedern des Jugendheimausstausches bisher eingesogenen Erfordernisse sind der Beweis dafür. Die Arbeiterschaft von Dresden-II erhofft hieraus, daß sie nur gut genug sein soll, ihr Geld zu bringen, sobald sie aber ein Entgegenkommen wünscht, ist es aus Unwissenheit dabei der Einfluß kirchlicher Kreise bei der Ablehnung der Überlassung der Räume zur Jugendweihe maßgebend war, ist mit Sicherheit nicht festzustellen. Bei der engen Interessengemeinschaft des deutlichnationalen Jugendberg mit der Kirchenreaktion ist dies aber leicht möglich. Die Arbeiterschaft von Dresden-II wird es sich sehr überlegen, ob sie ein Unternehmen noch weiter unterstützen will, welches sich den Menschen der Arbeit gegenüber derartig ablehnen verhält. — Wir erwarteten, daß sich die Schauburg hierzu äußert.

Antifordonatskomitee, Sozialdemokratie und Liquidatoren

Herr Welcher, der rechte Liquidator, ist seit der letzten Gruppenversammlung der Striesener Freidenker um die Erfahrung reicher, daß seine Auffassung der proletarischen Einheitsfront (die dahin geht: mit den reformistischen „Führern“ die Kulturmöpfbewegung im Begriff und den Kampf gegen das Konkordat „voranzutreiben“) von den Freidenkergenossen aus der richtigen Erkenntnis der Rolle der Sozialdemokratie heraus abgelehnt wird. Herr Welcher wird aber bei der Einsichtnahme in die Dresdner Volkszeitung vom Donnerstag, den 21. 3., neuerlich noch etwas nachdenklicher gewesen sein. Dort steht nämlich folgender „flammender“ Aufruf an die Arbeiterschaft:

Uniformerheits-Komitee

Die Ortsgruppe Striesen des Verbandes für Freidenker-
tum und Antreibesättigung hat sämtliche Striesenner Arbeit-
erorganisationen für den 25. März zu einer Sitzung eingeladen
in der ein Nationalsozialits-Komitee gebildet werden
soll. Die SPD und ihre betreuenden Arbeiterorganisationen
lehnen eine Teilnahme an der Sitzung ab, da auf Grund der
diesjährigen Erfahrungen ein Zusammensetzen
mit der KPD und ihren Unterorganisationen (NSDAP, NSB,
NSBW) unmöglich ist. Weiter gibt die gegenwärtig rein
kommunistische Unterbezirksleitung des BVB keine Gewähr

Der Unterbezirkssprecher der SPD Groß-Dresden hat in seiner letzten Sitzung einstimmig eine große zentrale Kundgebung gegen das Preußenauftor für den Monat April beschlossen zu der auch die der SPD befreundeten Arbeiterorganisationen herzlich eingeladen sind. Diese werden bestohlt gebeten ihre Teilnahme an solchen Einheitskomitees ebenfalls abzulehnen, da erfahrungsgemäß die letzteren nur als Werk

Herr Melcher hat es verstanden, innerhalb der Orie-
gruppe Striesen des BfFZ die Funktion eines Kulturober-
mannes zu erschleichen und ist Organisator dieser
Uniformordnungscomittees. Herr Melcher aber, dessen Politik
die Politik des vorbehaltlosen Zusammense-
gehens mit den reformistischen Führern
Odrisch, Fläch, Tuchs und Co. ist, die sich gegen
die Arbeiter wendet und die deshalb von diesen einmili-
tärisch abgelehnt werden, Herr Melcher ist nach dieser Einbuk-

Aus Dresdner Gerichtssälen



Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiss

Ein Bild von den brutalen Methoden der Behandlung Kriegsbeschädigter erhielt die Presse gegen den Schwerriegeschädigten R. Für 10 schweren Kriegsverletzungen aus dem Heeresdienst entlassen, wird er auf seine Leiden hin 100 Prozent erwerbsbehindert erklärt. Seine Rente betrug 177,55 Mf. Da er nun, weil schwer lungenkrank, gutes Essen brauchte, reicht er des öfteren Gesuche um Rostocksunterstützungen ein. Bei seinem ebenso schweren Nervenleiden fielen die Gesuche nicht so unterwürfig aus, wie sie die Behörde verlangt. Jondern er hielt bei der Begründung seiner Anträge die Ausgaben die für unnötige Zwecke ausgegeben werden, der Behörde unter die Nase. Vom Ortsamt für Kriegerfürsorge wurde er bald darauf zu neuerer Regulierung seines Leidens zu dem „Vertrauensnervenarzt“ Dr. H. Blumenstraße überwiesen. Dort brachte des Angeklagten Herren vollkommen zusammen, so daß es Stühle, Schreibtisch und Altenständer durcheinander wär. Wegen dielen Vorlammnissen war nun vom Ortsamt, dem Dr. H. u. v. Steffanitz gestellt worden. Dieser same „Doktor“ der sich dazu noch als „sozial“ eingestellt bezeichnete, mache von Gericht Ausführungen, die der Arbeiterschaft nicht vorenthalten sein sollen. So behauptete er, daß viele Arbeiter denten, sie befinden sich noch in der Revolutionszeit. Sie glaubten den § 51 andauernd in der Tasche zu haben und durch robustes Auftreten eher zum Ziel zu kommen. Vom sozialen Gesichtspunkt aus bitte er das Gericht eine empfindliche Strafe auszuwerfen, damit auch die Angehörigen des Angeklagten, die auch unter diesem Gebürtigen des Angeklagten zu leiden haben, entlastet würden. Die Frau des Angeklagten schilderte darauf wieso die Nervenverletzungen zu Hause auswirken, und daß er des öfteren Lohnhöchstansätze bekommt. Die Rente habe man ihm um 30 Prozent gefürzt, so daß er jetzt nur 126,55 Mark bekommt. Ein „Sachverständiger“ aus dem Heil- und Pflegewesen erhielte kein Gutachten in dem er den Angeklagten als „notorischen Gesellschaftsfeind“ bezeichnete, zum Beweis dafür hatte er verschiedene Vorstrafen und dreimalige Sachbeschädigung als corpus delicti herangeführt. Zum Schlusshat er aber (welches Mitleid) das Gericht, bei der Strafausmehrung zu berücksichtigen, daß der Angeklagte verminderungsunfähig und auch auf keinen Fall haftfähig sei. Das Urteil lautete dann auf 5 Wochen Gefängnis. In der 1. Instanz hatte ein Arzt den § 51 beantragt, ohne daß das Gericht darauf irgendwie reagiert hatte. Ein Kommentar zu so einem Fall bureauratlicher Willkür des behördlichen und Justizapparates gegenüber den Opfern des kapitalistischen Raubkrieges erübrigte sich. Die Kriegsbeschädigten, die als Gesellschaftsfeinde betrachtet werden, erkennen auch an diesem Beispiel die Notwendigkeit des letzten Kampfes um die Erringung ihrer gerechten Forderungen aufzunehmen zu müssen.

Der Kriegsschub auf dem Bauernhof

Die zweite Instanz des Landgerichtes verhandelte aufs neue gegen den Naturheilkundigen und Heilmagnetiseur J. aus Radeberg, der des versuchten und vollendeten Betuges auf dem Gebiete der Heilbeerei beschuldigt war. Der Angeklagte, der zweimal im Felde verwundet worden war und eine Kopfverletzung erlitt, machte den Einbruch eines frakten Menschen. Demgemäß hätten auch seine Aussagen beweiswert werden müssen. Aber nein. Als versuchter Betrug lag das Gericht folgenden Fall vor. Die Gutsbesitzerin Frau G. und Tochter waren eines Tages zu J. und wollten von ihm die „Vergangenheit“ und „Zukunft“ wissen. Er beging zum den Fehler der Tochter etwas aus der Vergangenheit zu erzählen, indem er ihr ein Kind erzedeie. Was sie natürlich nicht behagt. Ahnliche Sachen erzählte er ihr noch mehr. Für beide Drabsprüche verlangte er vier Mark. Dieser Preis war allerdings in den Augen der Gutsbesitzerin zu hoch. Gern hätte sie 50 Pf. für einen nicht auf Erden wiedzufindenden Endel ausgegeben, und so ging sie denn auf die Polizei und erstattete Anzeige. Durch diese Anzeige wurden

seines Führernimbus in der Freidenkerbewegung den sozialdemokratischen Konföderatshätern nicht mehr viel wert. Die SPD weiß, daß Melcher nach seiner Niederlage vom 18. 3. in Strieben auch in der Frage des Antikonföderatskomitees dem ernsthaften Kampfwillen der Freidenkergenossen hätte nachgeben müssen und daß er, den die organisatorischen Maßnahmen der reformistischen Spalter gegen die Opposition gut heißt, von der Mitgliedschaft in dem Moment befreit worden wäre, in dem er in Fortführung seines falschen politischen Kurses die Bewegung gegen das Konföderat und seine Verfechter nicht hart und grundsätzlich genug geführt hätte. Und daß Melcher das nicht mehr kann, hat er bewiesen! Er verzichtet auf den grundsätzlichen Kampf gegen die Reformisten. Ueber kurz oder lang wird er deshalb seine läufige Rolle auch bei den Freidenkern ausgepielt haben. Das wissen die Reformisten besser als er. Deshalb gehen sie nicht in das Antikonföderatskomitee, weil sie weiter wissen, daß Melcher ihnen dort keine wesentliche Hilfestellung mehr leisten kann, weil sie wissen, daß die Ziellösbarkeit der politischen Forderungen der Opposition die Partei des Konföderatshäters und ihren Nachläufer Melcher nicht als Kämpfer gegen, sondern für das Konföderat aufseiten und vor den

Child Abuse

Auf Haupt geschlagen

In einer Ortsgruppenversammlung des BfZJZ Löbau unternahm die sozialdemokratische Fraktion eines Votakos gegen die oppositionelle Zeitung und gegen den oppositionellen sozialdemokratischen Genossen Kurfürst. Sie mußte allerdings nachdem die Opposition ernsthaft politische Argumente den persönlichen Angriffen entgegen gelegt hatte, erleben, daß sich die überwältigende Mehrheit der etwa 100 Anwesenden für die oppositionelle Zeitung und damit gegen die Spaltungspolitik der Reformisten entschied. Während eine kleine Schar von koalitionsüsterlichen Sozialdemokraten darauf das Lokal verließ, blieb die Mehrzahl der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter da und dokumentierte dadurch den entschlossenen Willen, mit der Opposition und gegen die konordatsfreundlichen SPD-Führer kämpfen zu wollen.

nun verschiedene andere Straftaten aus Sicht der Welt gezogen, um ihre „gerechte“ Sühne zu finden. Der Sohn einer ardeten Familie war eines Tages spurlos verschwunden, und der Angeklagte soll im Trancezustand ausgeplagt haben, bewusster Sohn „sei unweit der polnischen Grenze, weil er mit einem Mädchen Dummlheiten gemacht habe, er würde aber im September wieder lehren“. Nachdem derselbe im Dezember wiederkam und es sich herausstellte, daß er immer in der Nähe von Dresden gewesen ist, wurden nun die helllichtigen Aussagen des J als vollendeter Betrug angesehen. Doch die Hauptattraktion der ganzen Verhandlung war der Franzosenstahl auf dem Bauernhof. Der Bauer D. aus Lenz bei Großenhain wollte sich bei dem Angeklagten Rat und Hilfe darüber holen, was er tun könne, damit das auf seinem Gute liegende Unglück beseitigt werde und er wieder Glück in der Schweinezucht bekomme. Dabei erzählte er von einer „Wahr sagung der schlafenden Pauline“, die ihm nach dem nötigen Entgelte prophetei hatte, auf seinem Grundstück sei ein Kriegsschatz vergraben und dadurch sei alles Glück vom Gute abgewendet. Wer den Schatz aber heben würde, müsse sterben. D. selbst will den Schatz auch geschenkt und von dem Angeklagten noch erfahren haben, daß ein neuer Schatz unter der Mitte des Tortbogens vergraben liege, der nur in einer Freitagnacht gehoben werden könne. Das Honorar für diesen Bescheid soll 10 Mark betragen haben. Ein Arbeiter, der nun zufällig von diesem Schatz gehört hatte, erhob sich, denselben zu „heben“. Es geschah, und der Erfolg war natürlich gleich Null. Der Bauer glaubte aber immer noch daran und sagte: „Well du ein Roter bist, ist nichts zu finden, den Schatz muß ein Heiliger heben!“

In diesem Prozeß war ein „Sachverständiger“ geladen, der über die Hellscherer ein Gutachten erstatten sollte. Professor A. Reis von der Heil- und Pflegeanstalt. Der hatte über dieses Thema als Mediziner nichts Positives sagen können, obwohl er den Angeklagten selbst untersucht hatte und bei ihm auch so einen „Trancezustand“ festgestellt zu haben glaubte. Er erklärte, daß ihm der Zustand als Theater erschienen sei. Dieser Sachverständige, der konfusen Bauer und die „nach der Zukunft lechzenden“ Frauen gaben den Ausschlag für das Urteil, das auf einen Monat Gefängnis und eine geringe Geldstrafe lautete.

Dieser Prozeß hat abermals gezeigt, in welch finsterner geistiger Verfassung sich tüchtigste Teile der Bauern usw. noch befinden. Sie sind für jeden Überglauben und Schwindel zugänglich. Der Staat und die Kirche haben kein Interesse daran, die Arbeiterschaft und die kleinen Bauern aus derartigem Irroglauben zu befreien, und so zeigt sich hier auch eine Aufgabe den klassenbewußten Arbeitern. Nur der Arbeitervolk bleibt es vorbehalten, die Menschen aus geistiger Finsternis zum Licht wahrer Erkenntnis zu führen.

Der gefälschte Wettchein

Die von Staats wegen sanktionierten Spielhöhlen und Buchmacher haben schon manchen Arbeiter um seine Existenz gebracht. So lange wie dieser Wettschwindel noch getrieben werden kann und ausgeführt wird, werden sich immer wieder die Gefängnisse füllen. Ein gewisser B., der im sogenannten „Clariclub“ verfehlte, wo ihm sein Geld nur so aus der Tasche gezogen wurde, mußte sich wegen Urkundenfälschung vor Gericht verantworten. Als er „mal kein Geld zur Verfügung hatte“, fälschte er einen Wettschein, den er sich von einem Buchmacher geholt hatte. Im Thüringer Hof, wo dieser „Clariclub“ tagt, verkaufte er den Schein unter falschem Namen für 20 Mark, obwohl eigentlich 70 Mark nach ihm zu zahlen waren. Er leste sich darauf mit dem Geld an den Spieltisch und spielte. — Das Gericht verurteilte ihn zu insgesamt 6 Monaten Gefängnis. — Ein Bild in den häusertlichen Sumpf.

Schwerer Unfall. Auf dem Terrassenufer, Gde Brühlchen Wasse, wurde Freitagabend ein Radfahrer von einem Lieferkraftwagen angefahren. Der Radfahrer fiel unter das Pferd eines vorüberschreitenden Wagens. Das Tier stieß und begrub den Radfahrer, einen 40 Jahre alten Mann, unter sich. Der Verunglückte wurde schwer verlegt nach dem Krankenhaus schadlos.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Motorradfahrer und einem Postauto ereignete sich am Sonnabendvormittag. Der Motorradfahrer wurde schwer an den Beinen verletzt und mußte ins Krankenhaus transportiert werden. Ob die Schwere des Zusammenstoßes zeugt, daß seine Maschine vollkommen zerstört wurde.

kommen zertrümmert wurde.

Ein Raubüberfall soll sich am Sonntag in Rädigk ereignet haben. Nach bürgerlichen Meldungen erschien in der 14. Stunde in einem Grundstück Ecke Berg- und Jennerstraße ein junger, mit schwarzer Gesichtsmaske verkleideter Mann, Klingelndort an der Tür einer Witwe Jürgen, die ein Kolonialwarengeschäft betreibt, und drang beim Dörfßen sofort mit vorgehaltener Schußwaffe in die Wohnung ein. Auf die Hinterzur des erschrockenen Frau eilte deren Sohn hinzu. Mit dem Einbringerling entspann sich ein heftiger Kampf bis in die Hausschlur. Es gelang dem Räuber, zu entkommen; er floh auf das Landgerichtsgebäude zu. Das jogleich alarmierte Überholkommando durchkreiste alsbald die ganze Gegend, doch war eine Spur von dem Raubthieft nicht mehr zu erkennen. (1)

dem Verbrecher nicht mehr zu erlangen. (!)

Wem gehört das Fahrrad? Am 12. März wurde auf dem Kronprinzenplatz ein Herrenträger mit Nummer, schwarzen Rahmen, am hinteren Kotflügel die Buchstaben "H. D." aufgefunden. Der Eigentümer kann sich werktags von 8 bis 13 Uhr

Blutige Kleider aufgefunden. Im Hausschl. des Grundstücks Königgräder Straße 17 wurden heute morgen zwei Kleider aufgefunden, in denen sich ein beigegefärbter Damenplüschmantel mit rot und schwarz gemustertem Futter, ein blaues Stoffkleid ohne Bescheiden. Die Kleider haben in Höhe der Brust große Blut-

Sieden, deren Herkunft noch unbekannt ist.

Die Schülerleibstürmerde häufen sich. In das Krankenhaus gebracht werden mussten am Freitag zwei Schüler, die sich, die eine in der Dresdner Heide, der andere im Albertpark, schwer Schuhverletzungen beigebracht hatten.

Rentenzahlung an Kriegsbeschädigte, Unfall- und Invalidenrentner. Wie uns der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Bouleitigung Sachsen, mitteilt, hat einer Antrag des Reichspostministerium genehmigt, die Rentenzahlung für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene Mittwoch, den 27. März, Unfall- und Invalidenrentner Sonnenabend den 30. März, vorzunehmen.

Mädeln Dresden Kinder. Die zur Erfahrung in Wiederaufbau-

Besuch auswärts lebender Kinder. Die zur Erholung in Niederschlesien und Sachsen untergebrachten Dresdner Kinder kehren am 28. III. von dort zurück und treffen am gleichen Tage 10.07 Uhr auf dem Hauptbahnhofe ein. Die Angehörigen werden gebeten, die Erholung ihrer Kinder zur genannten Zeit auf dem Dresden-Hauptbahnhofe besorgt zu sein.

G

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ostsachsen

G

AHRWERTER-BRAUSTÜBEL
Karl. Bewirt., Paul-Erdorf, Leinstraße Nr. 3
67200

Kurt Götschel, Gäßt. 4
Küchenmöbel und Röster
67200

Triebischtaler Markthalle
Kurt Hößler, Tiefenstraße 24
67200

Martin Michael, Reichsgasse 14
Spirituosen, Kolonialwaren
67200

Kolonialwaren / Reinhost
E. Fleck, Tiefenstr. 22 / Dienstleist-Schlosserei
67200

Otto Schkade

Zschendorfer Straße Nr. 75
Autofahrer, Holz- und Kohlenhandlung
67200

Bäckerei, Konditorei, Gastr.
Bäckergasse 23 / Bäckerei Wacker
67200

Wurst- u. Wurstwaren
Edmund Korch, Fleischmeister, Talstr. 53
67200

Schuhhaus Kurt Lieber
Reichsgasse 17
67200

Sprechapparate und Platten
Fahrräder, Wring- u. Nähmaschinen
Kurt George, Reichsgasse 2
67200

88. Brotbeleidungsbares 88
Reichsgasse 17a auf Zeitgäng / Beutigasse
67200

Bäckerei Richard Klemm
Am Möhlgraben 3
67200

Uhren und Schmuck
Kurt Klett, Reichsgasse 8
67200

Paul Sorek, Moritzburger Platz Nr. 8-4
Autofahrer
Holz- und Kohlenhandlung
67200

WÄSCHE - KLINT

Rathausstraße 5
67200

BRAND-ERBISDORF

SPARKASSE UND STADTBANK Brand-Erbisdorf

Zeitgemäße Zinsen / Hypothekenvermittlung / Gebührenfreier Überweisungsverkehr nach allen Orten Deutschlands / Vermittlung aller sonstigen Bankgeschäfte
67200

Kolonialwaren — Spirituosen
Herrmann 6412, Tief. St. 27
67200

Siegengroßhandlung u. Fabrik alkoholfreier Getränke

Franz Trexler, Färberstr. 137
Altmühlführer der Radenberger Export- und Dresden Feldschlößchenbrauerie
67200

Franz Benert, Markt 18
Weiß- und Fleißbäckerei
67200

Stadt.Elektrizitätswerk Brand-Erbisdorf
Eigene Installation & Reichhaltiges Artikellager & Niedrigste Preise
67200

Obst, Gemüse und Nährwaren
Karl Böhl, Reichenstraße 115
67200

Motor- u. Fahrräder sowie alle Reparatur-Schulen, Klasse 1, 2 und 3b
Schörgenhofer & Weber
Hauptstraße 90
67200

Zigarettenhaus
Karl Neubert, Reichsgasse 20
67200

BISCHOFSWERDA

Zweiter Welt, Tugger Str. 12
Klaus, Schmiede, Magazinläden
67200

Mech. Kleiderfabrik A. Hohlfeld
Windischen, Arbeitsbüro / Dresdner Str. 4
67200

Max Steinmann, Br. Lößnigasse 3
Obst, Weiß- und Fleißbäckerei
67200

Talg, frische Milch, Butter, Sahne u. Käse
Bischöfswerdaer Käserei
Schmölzer Weg 1, Inh. Hugo Pretsch
67200

Fahrrad- u. Nährmaschinenehaus
M. Schreier, Schmiedegasse 2
67200

Trinkt nur
Goldbacher Plaschenmilch
Zentral-Molkerei-Goldbach
Altmarkt 18
67200

Paul Hantsche
Reichenstraße 4
Weiß- und Fleißbäckerei
67200

W. Hammermann
Frischer, Parkmöbel
Reichenstraße 2
67200

Max Henker
Ulrichstraße 5-8
Kohlen/Briketts/Brennholz
Spedition / Möbeltransport
67200

Großküche Bünbaum
Geflügel, Fleisch, Fisch, Salat
67200

Zigaretten-Spezialgeschäft
Karl Seifert, Reichenstraße 20
67200

Beleuchtungshaus
Max Oschotter
Wöhrgasse Nr. 2
67200

Metzger- und Wurstwaren
Werner Schubert, Großenhainer Straße 16
67200

Metzger- und Wurstwaren
Gertrud Pätzig, Weißgasse 1
67200

Kolonial- und Eisenwaren
K. Klemm, Reichsgasse 1
67200

Ferngaswerk
Meissen
67200

Metzger- und Wurstwaren
Werner Schubert, Großenhainer Straße 16
67200

Metzger- und Wurstwaren
Karl Schubert, Reichsgasse 1
67200

Met